

24. Zabrgong

lischen, wozu wir das Volk und das Feldheer nicht
 brauchen. Wir wollen Demokratie, deshalb der Kampf
 der ärmsten Massen. Wir geben die Parole gegen die Be-
 zugsrecht: denn wir wollen keine Diktatur. Wie
 wir uns stets gegen Cäsarenwahlen gewandt haben, so
 werden wir uns gegen alle Diktaturbestrebungen. Demo-
 kratie heißt Volksherrschaft, das ist die volle Souveränität
 eines Volkes. Das Volk braucht keine Gebieter und sich
 für Berufene glaubenden Männer. Das Volk wählt die
 Männer denen es vertraut. Das Wahlrecht aller
 männlichen und weiblichen Personen über 20
 Jahren ist eine alte sozialistische Forderung. Wenn der
 Mann berufen ist, das Vaterland zum zwanzigsten Jahre
 ab zu verteidigen, dann müssen wir ihm auch das Recht
 zustehen, zu wählen. Auch den Frauen soll das Wahl-
 recht gegeben werden. Mancher kann diesen Schritt nicht so
 ohne weiteres verstehen. Aber in diesem Kriege hat sich die
 Frau als notwendige Mitarbeiterin erwiesen. Auch das
 Frontheer wird der Frau die Gerechtigkeit nicht vorenthalten.
 Hat doch die Frau als ergänzende Kraft
 hinter der Front gestanden, als Munitionsarbeiterin usw.
 Das Volkes Wille ist das höchste Gesetz im Staate. Dik-
 tatur aber ist das Gegenteil; Diktatur ist die Gewalt-
 herrschaft des Einzelnen oder einer einzelnen Gruppe.
 Die Umgestaltung des neuen Vaterlandes soll sich voll-
 ziehen auf dem Boden der Gerechtigkeit. Das
 Feldheer wird sich diesem Willen nicht verschließen. Wer
 da meint, daß durch die Nationalratswahlen die Errungen-
 schaften der Revolution fortgeführt würden, o wie schließ-
 lich kennst du die Reife unseres Volkes. Unsere Demokratie
 muß auch sozialistischen Inhalt erhalten. Wir die-
 len nicht zu den Kriegsgewinnlern und Millionären ge-
 hören und bei der Sozialisierung nur gewinnen können.
 Warum sollen wir uns dagegen sträuben? Auch der geistige
 Arbeiter soll zu seinem Recht kommen. Unsere bisherige
 wirtschaftliche Entwicklung war gerichtet auf Vernichtung
 der kleinen Betriebe; das Großkapital breitete sich immer
 mehr aus. In und allen Büchern es sich dagegen an,
 daß der Abschluß des Friedens darin bestehen sollte, daß
 das ganze deutsche Volk in die Lohnsklaverei
 der Entente kommen soll. Wir wollen nicht in die
 Rolle des Arbeitnehmers gegenüber der großkapitalistis-
 chen Entente kommen. Denn es kann nicht der Beruf des Men-
 schen sein, daß die Masse schwer arbeitet und Not leidet
 und eine Minderheit herrlich und in Frieden lebt. Der
 Haß, der sich gegen die Kriegsgewinnler richtet, der muß
 sich dann auch dem Feinde entgegen wenden. Das System
 muß verändert werden, aber nicht so, wie es sich diejenigen
 denken, die wir Bolschewisten nennen. Bolschewis-
 mus ist nicht Sozialismus, Sozialisierung ist
 die planmäßige und friedliche Weiterführung der
 menschlichen Kultur. Die Bolschewiken wollen von heute an
 morgen einen sozialistischen Staat einführen. Wenn wir
 z. B. einen Neubau errichten, dann wird planmäßig ge-
 arbeitet. Wenn das schon bei einem kleinen Gebäude not-
 wendig ist, wie viel notwendiger ist es bei einem Staats-
 aufbau. Der Bolschewismus würde für uns nur schlim-
 meres Elend ergeben. Deutschland würde wenn es ihn
 einführt, einer sozialistischen Insel gleichen, die in einem
 kapitalistischen Meer liegt und von der Brandung des
 Kapitalismus umspült und schließlich unter-
 versenkt würde. Das ist der Ententekapitalismus. Denn
 daß dieser den sozialistischen Staat fördern würde, ist aus-
 geschlossen. Die Entente würde nicht ihr eigener Totengräber
 werden wollen. Aber Deutschland ist abhängig von
 Ausland, ohne dessen Rohstoffe wir unsere Industrie
 nicht wieder aufbauen könnten. In denen Millionen unserer
 Arbeiter beschäftigt sind. Wir müßten mit Gold und Waren
 bezahlen. Wollen wir aber Waren exportieren, müssen wir
 erst Rohstoffe erhalten. Hoffen wir auf die Weltrevolu-
 tion. Gegenwärtig können wir nicht danach handeln
 was wir wünschen, sondern danach, wie die Dinge
 liegen. Aber Frankreich, das heute in einem Sieges-
 sturm liegt, oder England, dessen Arbeiter sozialistischen
 Ideen nicht zugänglich ist, sind nicht reif für die Revo-
 lution. Deshalb brauchen wir Zeit, Zeit und noch mehr
 Zeit. Haben wir aber soviel Zeit, bis auch jene Völker
 die Revolution durchführen? Nein, das wird so lang
 dauern bis das deutsche Volk verhungert am Boden liegen
 würde. Wir fordern deshalb die schrittweise Sozial-
 sierung des Staatswesens. Das Alte was gewesen ist, darf
 nicht wieder kommen, wir müssen neu aufbauen. Das deut-
 sche Volk ist vor gewaltige Aufgaben gestellt. Mög es trotz
 des schändlichen Ausganges des Krieges Sieger sein, der
 nicht nur dem eigenen Volk, sondern auch der Welt neue
 Wege bahnt aufwärts und vorwärts.

Der Vertreter des Soldatenrates der 7. Inf.-Div. Max
Görres teilte mit, daß dieser beschlossen habe, sich auf das
Programm der Regierung Ebert-Haase zu stellen. Wenn wir
es fertig gebracht haben, den Militarismus zu beseitigen,
dann bin ich überzeugt, daß wir auf dem Trümmerhaufen
ein neues Haus auch wieder aufrichten können. Unser
Kampf gilt dem Anarchismus, dem Volke.

Zum Vertreter der Soldatenräte des Feldheeres hat sich gestern vormittag etwa 300 Delegierte im Theaterale des Kgl. Schauspielers eingefunden, die 220 Divisionen der Westfront vertraten. Außerdem waren an den Tribünen eine Meile aus Offizieren und Soldaten. Es wurde eine sehr zahlreiche Zuschauerschaft den Verhandlungen, die gegen 10 Uhr ihren Anfang nahmen.

Die Versammlung wurde eröffnet von dem Mitgliede einberufenden Soldatenrats bei der Obersten Heeresleitung Anthesberger, der nach einem Dank an die Stadt für die ehrenwürdige Aufnahme und einem Hinweis auf die bisherige Geschichte der Arbeiter- und Soldatenräte die Anwesenden die Bitte richtete, sich der Heiligkeit der Stunde bewusst zu sein und alle persönlichen Wünsche hinter die große Sache zu stellen. Bürgermeister Dr. Schaubert begrüßte namens der städtischen Verwaltung die Versammlung.

Reichstagsabgeordneter Stiebel ergriff jedoch das Wort zu einer folgenden Ausführungen: Den Männern der neuen Regierung sei es ein Herzensbedürfnis, diese denkwürdige Versammlung, die ein ganz neues Blatt in der Geschichte unseres Vaterlandes und Volks darstelle, hier in der Heimat willkommen zu heißen. Denkwürdig werde diese Tagung sein, denn die Männer der ganzen Welt richteten ihr Augenmerk auf diejenigen, die eben von der Front zurückgekehrt seien. Möchten die Beschlüsse, die gefaßt würden, von grundlegender Bedeutung sein für das Geschick der Nation. Möchte man sich deshalb bei den zu fassenden Beschlüssen der besten Verantwortung bewußt sein. Große Anstrengungen seien stattgefunden. Die früher unter der Macht des Militarismus zu gebornden hatten, sind heute hierher gekommen, um mit zu rufen und mit zu treten und die Sache fest zu stehen für aufwärts und vorwärts. Die Resolution wird durch die Soldatennähe aus der Front neue Kraft und neue Härte gewinnen, weil die Beschlüsse von Grundbesitzer, Angewandte sein werden, weil es sich nicht nur um Worte, sondern um den Willen handelt, alle Kraft und Entschlossenheit einzusetzen. Deshalb hoffe ich, daß die Tagung einen glänzenden Verlauf nimmt, wie es von den Vertretern des Volksheeres verlangt wird. Deshalb Glück auf zu Ihrer weltgeschichtlichen Tagung.

Auf Vorschlag des Obermatrosen Anthesberger wurde folgende Versammlungsleitung gewählt:

Thürd mann, Seehase, Antbesberger, Vorsteude, ferner
Hrabe, Hoffmann, Bögebing, Beckerle, Schadow, Sawig,
dr. Schreiber.

Vorliegender Fürsachmann bittet darum, ein sachlich
zu verhandeln. Wortmeldungen sollen schriftlich erfolgen.
Anträge schriftlich eingereicht werden. Abegg ist unbe-
wenig. Dem wird durch Affirmation zugestimmt.

Reichstagsabgeordneter Geibel: Die meisten der Ent-
zogen, die heute noch bei dem Feldheerre stehen und schon
so lange Zeit aus der Heimat fern getrennt sind, werden
mit den Vorgängen im Lande wenig vertraut sein. Es war
schwierig, aufklärende Zeitungen in die Front gelangen
zu lassen, die wochenlang ohne Nachrichten blieb. Wenn
das Feldheer früher informiert gewesen wäre, würde die
Versammlung nicht erst heute stattfinden. Man weiß auf
die Stimmung im Ostheer hin, deren Bedürfnisse nicht
beachtet seien. Er rufe den Winterarden im Osten zu: Seid
unbesorgt um Eure Lieben zu Hause, wir alle drehen
und drehen danach, Ordnung zu schaffen und
Eure Lieben zu bezaubern. Es handelt sich nicht um Unord-
nung. Die Arbeiter- und Soldatenräte sind die Träger
einer neuen Ordnung. Als Anfang November die Welle
der Erhebung durch unser Volk ging, als offenbar wurde,
daß die Dinge nicht so bleiben durften, hat sie gezwungen,
daß es notwendig, gleich eine neue Regierung
zu schaffen. Da sind Mißgriffe vorgekommen, die das
Feldheer übel berührt haben und das Gefühl entstehen
lassen, als wendeten sich die Arbeiter- und Soldatenräte in
der Heimat gegen das Feldheer. Ich habe Gelegenheit ge-
habt, die Tätigkeit der heimischen Arbeiter- und Soldaten-
räte zu beobachten und habe gesehen, daß alles getan wurde,
um nicht ein Durch- und Gegeneinander entstehen zu
lassen, die ordnungsmäßige Demobilisierung wenn nicht ver-
hindert so doch erschwert würde. Überall habe ich Wasser
und Nahrung gefunden, alles zu tun, um dem Feldheer
möglich zu werden und ihm ein geordnetes Zurückfließen
zu ermöglichen. Nach Hinweis auf einige unliebsame, aber
unvermeidbare Vorkommnisse, z. B. Köln, fuhr der Redner
fort: So geschlossen und einig das Feldheer heimkehrt, so
wenig ist das leider bei der Etappe der Fall. Es er-
scheint sich bei der Verpflegung mit Lebensmitteln Schwierig-
keiten, die nicht aus Gegnerschaft oder Mißtrauen, sondern
in Abwage der Dinge entstanden. Wenn man Offiziere,
Unteroffiziere und Mannschaften aufklärt hätte, wenn
man ihnen gesagt hätte, daß das Rot nicht das Zeichen
des Sozialismus, sondern das Zeichen der alten Sozial-

Wismut und Terror. Wir haben einen überlegenen Geist handgehalten und werden auch im Stande sein, es mit seiner Minderheit im Lande aufzunehmen zu können. Freiheit, Recht und Brot für das deutsche Volk. Wenn wir das im Auge haben, dann müssen wir sehen, daß wir andere Zustände in Deutschland erhalten wie in Rußland. Unsere Feinde warten darauf, daß Bürgerkrieg und Anarchismus ausbrechen und sie nach Berlin marschieren können. Das Feldheer hat Disziplin und Ordnung bewahrt und wird auch in der Heimat treue Anhänger unserer Regierung werden. Das Liebknechtprogramm werden wir bekämpfen.

Gesetzlicher Künzler, Vertreter einer Division der 6. Armee, betonte: Wir stehen auf dem Standpunkt der Regierung. Ebert-Haase und wenden uns mit aller Entschiedenheit gegen anarchistische Strömungen, die sich breit machen. Bei allen großen geschichtlichen Umwälzungen haben sich Leute gefunden, die im Trüben fischen wollen. Wir sind rot, haben aber unseren gesunden Menschenverstand bewahrt. Wir wenden uns auch gegen jede Rechtsströmung. Wir müssen die Regierung Ebert-Haase unterstützen, damit wir zu einem schnellen Frieden und zu Brot kommen.

Leutnant Schadow: Die Rede des Herrn Giebel hat mich nicht voll befriedigt, und ich habe sehr schwerwiegende Anfragen an ihn zu richten. Ich sehe hier, gestützt auf das Vertrauen der Mannschaften, für die ich spreche. Teile der Rede des Abgeordneten Giebel haben parteipolitische Agitation enthalten und zu wenig Klarheit über die Lage gebracht. Wir stehen in allen wesentlichen Punkten auf dem Boden des Programms Giebel. Die Politik des alten Systems war furchtbar falsch, und es ist zu einer geschichtlichen Notwendigkeit geworden, den sozialistischen Staat aufzubauen. Trotzdem kann ich es nicht für objektiv halten, wenn Leute, die für den uneingeschränkten U-Bootkrieg eingetreten sind, mit so schweren Vorwürfen belegt werden. Der uneingeschränkte U-Bootkrieg war der schwerwiegendste und entscheidendste politische Fehler, da er die Kriegserklärung der Vereinigten Staaten provozierte. Dieser Fehler kann durch nichts entschuldigt werden. Die marinetchnischen Versprechungen sind aber gehalten worden, was gegen die volkswirtschaftlichen Berechnungen bezüglich der Ernährung Englands falsch waren. Sie beruhen auf Unkenntnis der Fähigkeit Englands. Daß aber das deutsche Volk absichtlich belogen worden wäre, können wir nicht annehmen. Redner nimmt dann die Etappe gegenüber den Vorwürfen des Abg. Giebel in Schutz.

Ich frage nun folgendes:

1. Hat die jetzige Regierung Grund anzunehmen, daß die Regierungen der feindlichen Länder einen Präliminarfrieden unterzeichnet werden, zu dem wir so bald wie möglich kommen müssen.

2. In welchem Verhältnis steht die Regierung zu dem Vorschlag des A- und S-Räte in Berlin? Woher kamen die Konflikte? Was hat der Vorschlag für eine Nacht? Wer hat die Mehrheit, die Spartakusgruppe oder die Regierung?

3. In welchem Verhältnis steht die Regierung zu den zahlreichen Sonderrepubliken, insbesondere zu Bayern? Erkennen die feindlichen Regierungen die Regierung in Berlin an? Man hört, daß Männer wie Scheidemann, Erzberger und Goll, zu denen wir besonderes Vertrauen haben, gehen sollen.

4. Erkennen unsere Feinde die jetzige Reichsregierung als die Vertretung des ganzen deutschen Reiches an?

5. Ist die jetzige Regierung nicht auch eine Diktatur?

Der Abg. einer Div. Bögeberg fordert, daß das Frontheer mindestens zu zwei Dritteln vertreten sein soll. Die Frontsoldaten würden dafür sorgen, daß die Organisation aufbauen werde, was die Revolution gebracht habe. Wir wollen auch der Gruppe Liebknecht Gerechtigkeit widerfahren lassen und nicht vorzeitig handeln. Man will die Gruppe Liebknecht aburteilen als eine Bewegung von Mördern und Verbrechern. Wir sind Mannes genug, um zu wissen, was uns not tut zum Aufbau einer vernünftigen Gesellschaftsordnung. Wir brauchen zwar Bewegung nicht eine Bedeutung beizulegen, die sie durchaus nicht hat. Wir wollen nicht Front-, Truppe- und Heimatheer gegeneinander ausspielen, sondern sie sollen sich ergänzen.

Der Vorsitzende Büschmann meinte, daß die Nationalversammlung nicht eher einberufen werde, bis der letzte Mann entlassen sei.

Abg. Giebel: Bezüglich der U-Bootfrage bestand der Fehler der alten Regierung darin, daß sie heute für und morgen gegen den uneingeschränkten U-Bootkrieg schrieb. So war es auch in marinetchnischen Fragen. Es ist das Schlimme gewesen, daß sie sich den Einflüssen der Leute, die den uneingeschränkten U-Bootkrieg befürworteten, zugänglich zeigten. Bezüglich des Vorwurfs von Leutnant Schadow, daß er gegen die Etappe ungerichtet gewesen sei, betont der Redner, daß er nicht gegen die Etappenstruppen gesprochen habe. Werden die Ententeregierungen unsere jetzige Regierung anerkennen? Diese Frage hängt natürlich in der Luft. Die Sache liegt so: Es muß sich in Deutschland zunächst einmal die Richtung zeigen, wie Deutschland regiert werden soll, damit das Ausland weiß, woran es ist. Ich hoffe, daß die Ausschreibung der Nationalratswahlen die Stellungnahme der Entente in zünftigem Sinne beeinflussen wird. Die Ausschreibung ist mit 4 gegen 2 Stimmen beschlossen worden. Bezüglich des Verhältnisses der Regierung zum Vorschlag des Berliner A- und S-Rates gab Redner eine ausführliche Erklärung. Es kann nicht gehen, daß eine örtliche Instanz wie der Vorschlag sagt: Wir sind die Regierung. Die Regierung hat sich zur Wehr gesetzt, und nun ist die Lage so, daß die ganze Gewalt bei der provisorischen Regierung liegt, und der Vorschlag nur eine Art Kontrollrecht ausübt. Wir verlangen: Macht von dem Kontrollrecht möglichst wenig Gebrauch! Der Wille des

deutschen Volkes steht nach Gerechtigkeit, Ordnung und Nationalversammlung. Redner weist noch hin auf die Wahlen in Groß-Dresden, in der die Richtung Ebert-Scheidemann eine gewaltige Mehrheit erhalten hat. (Beifall.) Man wird eine Generalkommission nach Berlin berufen werden, die aus Mitgliedern der A- und S-Räte, den Trägern des Volkswillens besteht. Dort soll gesagt werden, was das ganze deutsche Volk will. Daß dazu auch Vertreter der Frontarmeen gehören, ist selbstverständlich. Wer hat nun die Mehrheit unter den Berliner Arbeitern? Von der revolutionären Welle ist viel an die Oberfläche gelangt, was nicht reif ist, aber es ist nicht anzunehmen, daß unter den Berliner A- und S-Räten viele Anhänger für die utopistische Liebknechtgruppe wären. Was die Waffenfrage anbelangt, so ist anzunehmen, daß diese zu 90 Prozent sich in den Händen der Spartakusgruppe befinden. Wir wollen den Bürgerkrieg von links und rechts verhüten. Daher muß sich die herrliche Versammlung aussprechen. Es ist gerade die Angst von links, daß von rechts aus gegenrevolutionäre Bestrebungen kommen. Wenn man von rechts aus etwas unternehmen sollte, so würde dies großes Elend für das Volk bedeuten. Redner weist hin auf verschiedene Vorgänge im Rheinland, wo gewisse Generäle schwerwiegende Fehler begangen hätten. Dem Generalfeldmarschall von Hindenburg müssen wir es hoch anrechnen, daß er auf seinem Posten bleibt, um die Armee in Ordnung nach Hause zu führen. Viele Offiziere und Beamte werden mit ihrem Herzen wo anders stehen, aber es muß anerkannt werden, wenn sie Ordnung halten. Ob die Liebknechtgruppe von den Waffen Gebrauch machen werde, siehe dahin. Ein kleines Exerzium habe sie geliefert, daß aber der Bürgerkrieg von links verhindert wird, das wird dadurch gestärkt, daß die Frontarmee sagt: Wir stehen hinter der Regierung. Ich bin fest überzeugt, daß es nicht der Meinung der Massen entspricht, wenn Männer wie Scheidemann und David in der Versenkung verschwinden. Ist unsere jetzige Regierung eine Diktatur? Welche Regierung, die unter den heutigen Verhältnissen gebildet wird, würde von sich behaupten, daß sie den geschnittenen Ausdruck des Volkes bilden wolle. Es kommt darauf an, daß nicht die Diktatur zum Regierungsgrundgesetz erklärt wird. Unsere jetzige Regierung ist auch deshalb keine Diktatur, weil sie bereits die Einberufung der Nationalversammlung beschlossen hat. Wenn Sie aber diese Dinge berücksichtigen, wird Ihre Stellungnahme nur die sein können, sich geschlossen hinter die Regierung Ebert-Haase zu stellen. So wird es möglich werden, nicht nur zu einem Präliminarfrieden zu kommen, sondern auch zu schöneren Formen unseres Volkslebens.

In der Nachmittagsitzung, die von dem Vorsitzenden Erbsche eröffnet wurde, kam zunächst ein Telegramm der Zentralkommission der Gewerkschaften zur Verlesung.

Dann ergriff der Volksbeauftragte Barth das Wort zu etwa folgendem: Kameraden und Genossen! Ich muß Ihnen leider von vornherein erklären, daß die Verhältnisse bedeutend schlechter sind, als Sie denken. Es hat keinen Zweck, sich zu freuen zu wollen. Es ist alles so trübe und so schwer, daß man vor einem Rätsel steht, wie man aus den Schwierigkeiten herauskommen kann. Die Regierung läßt sich leiten von drei großen Aufgaben: Frieden, Arbeit und Brot zu schaffen. Die größte von ihnen ist die: wie werden wir das Sechsmillionenheer nach Hause bringen? Ich kann zu meiner Freude konstatieren, daß die Truppenverbände einen sehr guten Eindruck machen und daß das Gros der Armee bereits über den Rhein gebracht ist. In der ersten Zeit war die Westfront das schwerste Problem. Es wäre töricht, wenn man sich hätte den Schwierigkeiten verschließen wollen. War es doch zu erwarten, daß der Groll, der sich während des vierjährigen Krieges angesammelt hatte, durchbrechen und die Truppen über die Stränge schlagen würden, aber diese Widerstände sind überwunden. Wenn zum A. das Meer aus Rot an Lebensmitteln gesättigt hätte, dann wäre es klar gewesen, daß der Waffenstillstand aufgekündigt worden wäre. Dann wäre mehr Elend über uns hereingebrochen, als der ganze Krieg verursacht hat. Nun ist der Rhein erreicht, und damit ist es gut. Es sind nur ganz verschwindende Mengen, die noch in Gefangenschaft geraten sind. Abgriffe einzelner Führer, General Eberhardt, ist seines Postens enthoben. Ja es ist zu Verhaftungen der A- und S-Räte und zu Blutvergießen gekommen. Schnell und rücksichtslos sind wir dagegen vorgegangen im Verein mit der Obersten Herrensleitung und dem Kriegsministerium. Im Westen sind nun die Verhältnisse beruhigender geworden. Die Lage im Osten dagegen ist eine so trostlose, daß sie uns große Sorgen macht. Wir fragen uns: Wie kriegen wir die Truppen herüber. Die Armee Madenjen ist bereits interniert. Es war uns leider nicht möglich, dagegen vorzugehen; denn wenn wir nicht eingewilligt hätten, dann wäre der Waffenstillstand im Westen aufgehoben worden. Wir sind nicht in der Lage, den Kampf aufzunehmen. Von den ganzen Armeen im Osten ist aber diejenige Madenjen am besten dran. Die Armeen in der Ukraine, im Baltikum und Finnland sind in verzweifelter Lage. Die Entente rückt mit großen Armeen in der Ukraine sowie nach den Baltischen Provinzen und Petersburg vor. Auf der einen Seite die Sowjettruppen, auf der anderen die der Entente, so steht unser Volk zwischen einem Bock, das gegenüber allen Deutschen nur Haß empfindet. Unsere Truppen müssen entweder durch Ungarn oder Polen ziehen. Wir wollen hoffen, daß wir mit Polen eine Verständigung erzielen können. Es stehen jedoch nur so viel Tage zur Verfügung, daß der Rücktransport der Truppen mindestens drei Monate betragen wird. Dazu kommt, daß der größte Teil der Truppen aus alter Landwehr besteht, die den Rückmarsch zu Fuß machen muß. Hoffent-

lich wird es nicht zu einem napoleonischen Rückzug kommen. Ich sage Ihnen das, weil Sie auf Wahrheit und Klarheit Anspruch haben. Das alte System der Verhältnisse muß verschwinden. Ähnlich steht es im Baltikum und Finnland, und wir wissen nicht, ob wir an Lande Truppen in Finnland mit Schiffen abholen können. Was schuld ist, daß unsere Truppen in Finnland stehen wissen Sie. (Beifall: Audendorff.) Sie sollen dort die Revolution unterdrücken. (Beifall.) Wenn wir nicht alles getan hätten, um den Krieg beizulegen zu können, es wäre ein Zusammenbruch gekommen, wie nie in der Welt einer war. So schlecht war alles organisiert, daß man sich wundern muß, daß es solange gehalten hat. Sie froh daß die Revolution kam, denn wenn Sie Frankreich besiegt hätten, dann hätte der Rohstoffmangel zur Katastrophe geführt. Wir bekommen keinen Frieden ohne Nationalversammlung. Wir haben im Kabinett beschlossen, daß die Wahlen zur Nationalversammlung am 16. Februar stattfinden sollen, wenn der am 16. Dezember tagende Delegiertentag der A- und S-Räte dem zustimmen wird. Gründe für den frühen Termin der Versammlung sprechen ein schneller Frieden und die Verhinderung des Zerfalls. Im Süden, Westen und Osten der Reichs-Lösungsentenzen vom Reich, an die wir nicht gerade mit Gefühlen der Achtung denken können, da sie rein spekulativer Natur sind. Sie werden meist von den Leuten propagiert, die zum Kriege am schärfsten gekommen sind. Wenn im Süden und Westen die Lösungsentscheidungen erschaffen, dann denkt man daran, die Schulden dem Aktienhaufen aufzubürden, das übrig bleibt. Wenn die höchsten Klassen in diesen Landesteilen die Lösung wollen, dann muß das Proletariat erklären: Nein. Wenn es im Kapitalistenstaate notwendig ist zu zentralisieren, dann ist es im Sozialistenstaate erst recht notwendig. Man braucht eine Regierung von Konservativen und Nationalisten, auch sie können nicht anders als die Großbetriebe zu sozialisieren. Unser Bestreben ist, daß keiner gedrückt wird, sondern daß Freude am Leben und Lebensgenuss wieder vorhanden ist. Das ist nur möglich im zentralisierten Staate. Werden wir es darüber klar, wir haben die Waffenstillstandsbedingungen angenommen. Wenn nun Elsaß-Lothringen zur Nationalversammlung nicht wählen will, dann stehen wir vor einer vollendeten Tatsache. Auch im Saarrevier sind starke Lösungsbestrebungen im Gange. Es wurden jährlich 12-14 Millionen Tonnen Kohlen produziert. Wenn wir Posen, Westpreußen und Schlesien verlieren, würden wir 20-40 Prozent unserer Kartoffel- und Brotfrucht einbüßen. Obgleich produziert über 60 Millionen Tonnen Kohlen. Wenn Oberschlesien von Deutschland losgelöst würde, würden Ungarn, Ukraine und Polen die Kohle erhalten. Wenn nun die Polen erklären: Wir wählen nicht, dann kann es eintreten, daß auch die Deutschen nicht wählen. Die Erwerbslosigkeit wird groß sein, wenn hier nichts geschieht. Leider können wir weder an den Licht- noch an den Sechshunderttag denken. Es kommt nur ein ständiger Arbeitstag in Frage. Rohmaterialien stehen uns nur für 6 Monate zur Verfügung, wenn wir ein Viertel der Produktion von 1913 annehmen. Wenn wir die Produktion von 1913 aufrechterhalten wollen, so sind die Materialkosten in 6 Wochen zu Ende. Es muß ein Ausgleich im Lohn erfolgen, daß jeder sich und seine Familie einigermaßen durchbringen kann. Vielleicht während des ersten halben oder auch ganzen Jahres steht es für uns ganz schlecht. Wie steht es nun mit unserer Ernährung? Als ich zum ersten Male die Zahlen hörte, war ich entsetzt. Meine Herren, in der Ernährungsfrage haben wir eine Vankertpolitik getrieben. In 14 Tagen haben wir kein Fett mehr, in 3 Monaten kein Brot und in 6 Monaten keine Kartoffeln mehr. 20 Prozent Brotfrucht und 40 Prozent an Kartoffeln werden verloren gehen, wenn die polnischen Vertreibungen für uns ungünstig verlaufen. Es ist unbedingt notwendig, das wir schnell, sehr schnell Lebensmittel erhalten. Wenn wir nicht in ganz kurzer Zeit 87000 Tonnen Fett, 68000 Tonnen Fleisch und 450000 Tonnen Brotfrucht und Reis erhalten, dann sind wir in einem gewissen, ganz sicher voraussehenden Zeitpunkt am Ende unseres Vorrats, dann ist das deutsche Volk am Verhungern. Der Redner stellte fest, daß der deutsche Arbeiter nur ein Sechstel des Tages-Lebensmittelsquantums bekommt, das der Amerikaner erhält. Werden Sie sich darüber klar, wie ernst die Situation ist. Wir können nichts aus der Erde stampfen. Sie merken auch, daß die Schuldigen nicht wir, sondern diejenigen sind, die das Elend über das Volk hereinbringen. Es wird unser Bestreben sein, so schnell wie möglich einen Präliminarfrieden zu schließen. Wenn die Blockade nicht aufhört, dann sind wir vollkommen machtlos. Wir wollen auf keinen Fall noch einmal die Waffen ergreifen, mag das Diktum der Entente ausfallen wie es mag. Sagen wir zu Wilson, Lloyd George und Clemenceau: Diktieren uns, damit wir anfangen können aufzubauen an dem, was amgehört ist. Dann die Arbeitslosenunterstützung. Es ist vorgesehen, daß in Großstädten der Staat 4, die Frau und jedes Kind 1 Mark Unterstützung pro Tag erhalten. Dann muß für unsere Kriegskruppen gesorgt werden. Auch hier ist der Unterhaltungsbedarf zu 100 Prozent erhöht worden. Im Wohnungsbau muß alles durchgeführt werden, was nötig ist. Wir können eine ungeheure Menge Leute beschäftigen. Wir brauchen neue Maschinen für die Gruben usw., außerdem brauchen wir viele Leute zum Kultivieren der Desoländereien. Den Junkern werden wir ihre Kiefigüter verschlagen. Redner appelliert dann an diejenigen, die nicht zum Proletariat im eigentlichen Sinne gehören, und fordert sie auf mit ihrem Geiste an dem Fundament des Sozialismus mitzuarbeiten. Das Verhältnis zum Vorschlag ist das denkbar beste und in einem Teil streng begrenzt. Der

vor acht Tage lang nicht in der Welt der Fall, aber die Meinungen sind befeuert. Redner meint dann, daß die Anschauungen über den Bolschewismus übertrieben seien. Die Tendenzen von rechts seien viel gefährlicher als von links. Redner weist hin auf die Affäre Walz. Daß die Bolschewisten im Besitze der Funktionen sind, ist nicht wahr. Wir wollen das einzige, geschlossene, sozialistische Deutschland, und Eisner will daselbe. (Widerspruch.) Wir können erklären, daß die große Masse des deutschen Volkes hinter der provisorischen Regierung steht. Vor einem Putz von links haben wir keine Befürchtung. Sollte aber von rechts ein solcher gewagt werden, dann würde der deutsche Bürgerkrieg hervorgehen. Wir würden uns nicht feige verkrümmeln, sondern den Kampf aufnehmen. Sollte es gewagt werden, einen Anhänger des neuen Systems an die Wand zu stellen, so würden wir Gleiches mit Gleichem vergelten. Wenn es zum Bürgerkrieg käme, dann bleibt von Deutschland nicht viel übrig, es wäre sein völliger Untergang. Jeder der mit einem derartigen Gedanken spielt, ist ein Schurke. Wir werden uns nicht scheuen, gegen links und rechts — gegen links wird es nicht notwendig sein — das zu tun, was notwendig ist. Die Volkstoffe sollen gerecht verteilt werden. In diesen Gesichtspunkten fordere ich Sie auf, am Ausbau der sozialistischen Republik mitzuarbeiten. (Anknäuelnder Beifall.)

Es wurde mitgeteilt, daß eine Resolution zur Annahme vorgelegt werden solle, die im Sinne der Vormittagsrede gehalten sei. Die Resolution gelangte später zur Verlesung.

Der Vorsitzende machte Mitteilung, daß der Vorsitzende der A- und S-Räte in Berlin, Kolbenbahr, erschienen wäre. Er frage die Versammlung, ob er diesen das Wort erteilen solle.

Leutnant Schreiber wandte sich entschieden dagegen, da Kolbenbahr nicht zu den Frontdelegierten gehöre. Die Schwierigkeiten in Deutschland seien auf die Sonderpolitik der Berliner zurückzuführen.

Der Delegierte der 4. Armee, Levisohn, fordert, daß die 7 Millionen Soldaten des Frontheeres in Berlin zählbar würden, um zu verhindern, daß ein kleiner Ausschuß dort Vorarbeiten mache. Die Entente werde mit einer solchen Regierung nicht unterhandeln. Wir stehen geschlossen hinter der Aktion Ebert-Haase. Es muß aber darauf gedrungen werden, daß die Vertreter des Frontheeres sich und Stimmen in Berlin erhalten. Wenn der Waffenstillstand abgeschlossen ist, müssen wir konsolidiert sein. Wir haben noch keinen Frieden, aber wir müssen dabei sein, wenn dieser geschlossen wird. Wir verlangen mindestens 2/3 Stimmen in Berlin.

Nach Abstimmung durch Zursitznahme von Kolbenbahr das Wort und begrüßt namens des Vollzugsrates die Versammlung. Die Nachbefugnisse des Vollzugsrates seien folgendermaßen geregelt worden: 1. Die politische Gewalt liegt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte der deutschen sozialistischen Republik. Ihre Aufgabe ist, die Errungenschaften der Revolution zu behaupten und auszubauen sowie die Gegenrevolution niederzuhalten. 2. Bis zur Delegiertenversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte einen Vollzugsrat der deutschen Republik gewählt hat, übt der Berliner Vollzugsrat die Funktionen der Arbeiter- und Soldatenräte der deutschen Republik im Einverständnis mit dem Arbeiter- und Soldatenrat aus. 3. Die Bestellung des Kabinetts durch den Arbeiter- u. Soldatenrat Groß-Berlins bedeutet die Übertragung der Exekutive. 4. Die Verfassung und Abberufung der Mitglieder des entscheidenden Kabinetts der Republik — und bis zur endgültigen Regelung der staatlichen Verhältnisse auch Preußens — erfolgt durch den zentralen Vollzugsrat, dem auch das Recht der Kontrolle zusteht. 5. Vor der Verfassung der Reichsverfassung durch das Kabinett ist der Vollzugsrat zu hören. Dabei waren nicht nur die Berliner, sondern auch die Delegierten Badens und Bayerns anwesend. Er bitte schon morgen wenigstens 5 Mann zum Berliner Vollzugsrat zu schicken, damit diese ihren Einfluß in die Politik werfen können. Zum Delegiertentag am 16. Dezember werde das Westheer (320000 Mann) 32 Vertreter (ein Vertreter auf 100000 Mann) schicken müssen, das Ostheer, etwa 850000 Mann, werde 8—9 Vertreter senden. Die Arbeiter würden auf je 200000 Einwohner einen Vertreter senden. Redner betonte, daß die Berliner die Verantwortung so schnell wie möglich los sein wollten. Bezüglich der Frage der Funktation stellte er fest, daß diese sich unter Kontrolle der Volksbeauftragten und des Vollzugsrates befände. Kommen Sie nach Berlin, damit wir ein geeinigtes Zusammenarbeiten zum Wohle der deutschen Einheitsrepublik entfalten können.

Der Vertreter der Armee in Litauen sagte, daß die Lage sehr schwierig sei, da sie nicht in die Heimat kam. Die Leute seien unvernünftig. Das Landwehr-Mat. 1 habe sich den Weg mit Maschinengewehren erkämpft. Nun spreche der Volksbeauftragte Barth gar von einem napoleonischen Rückzuge, er sagte uns aber nicht, was nun werden solle.

Der Volksbeauftragte Barth jagte darauf zu, daß alle verfügbaren Transportmittel vom Westen nach dem Osten geworfen werden sollen, sobald die Lage hier im Westen besser wäre. — A.-Abg. Siebel meinte hierzu, daß aus nicht immer zwingenden Gründen Lastkraftwagen stehen gelassen seien, es sollten restlos alle Mittel und mit Schnelligkeit zur Verfügung gestellt werden.

Leutnant Dr. Schreiber erklärte, daß der von ihm vertretene A- und S-Rat entschlossen hinter der Regierung stehe, und begrüßte die Resolution gegen links und rechts. Die Bolschewisten könne man nicht gleichstellen mit Berträndern, aber man müsse sich gegen die wenden, die die Demokratie in Trümmer schlagen wollten. Experiments wie in Rußland wollten wir nicht. Wir wollen Frieden, Brot und Ordnung. Wie die Allertüchten durch ihre Exzesse das Erreichbare verzerren, so sehen wir ähnliche Tendenzen im Bolschewismus. Dieser stelle weitgesteckte Endziele auf und verzeihe dabei, daß dann das wenige, das man erreichen konnte auch noch

verloren ginge. Er stelle folgenden Antrag:

Der Vertretertag der Soldatenräte des Feldheeres ist bereit, zu dem Zentralrat aller Arbeiter- und Soldatenräte ganz Deutschlands, der zum 16. Dezember nach Berlin einberufen ist, Vertreter zu entsenden. Er mißbilligt aber aufs schärfste die durch Zuteilung von nur 42 Vertretern bezogene Benachteiligung des Feldheeres und wählt deshalb schon heute die dreifache Vertreterzahl für den Berliner Zentralrat und verlangt von diesem die sofortige Zulassung dieser 126 Vertreter des Feldheeres. Der Vertretertag ist sich bewußt, daß der am 13. Dezember in Berlin zusammentretende Zentralrat eine auf gerechter und demokratischer Grundlage gewählte Vertretung des gesamten deutschen Volkes nicht ist. Der Vertretertag protestiert deshalb schon heute gegen etwaige Verkürzung, aus dem Bestehen dieses Zentralrats ein Recht zur Hinauszulassung der Nationalversammlung herzuweisen.

Darauf wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Vollzugsbeauftragter Barth: Die Erwartung, daß der Rückmarsch sich in Ordnung und Ruhe vollzieht, ist erfüllt. Wir wollen keine Klassenherrschaft, sondern eine Vertretung des Volkes durch die Nationalversammlung. Unsere Forderung muß bleiben: Freiheit für alle in einer einzigen deutschen Republik. Senden Sie zum Delegiertentag auf je 50000 Mann einen Abgeordneten.

Der Vertreter der 14. Inf.-Div. gab die Erklärung ab, daß die Kameraden geschlossen hinter der Regierung Ebert-Haase ständen, und somit in allen vorstehenden Punkten die vorgeschlagene Entschlossenheit annehme. Redner hatte aber Bedenken gegen die Fassung der „schrittweisen Sozialisierung“ und warf die Frage auf, ob wirklich einer solchen Sozialisierung gegenüber dem Auslande Konkurrenzfähig bleiben oder noch mehr verarmen würden. Das vorgetragene Programm sei viel zu parteipolitisch.

Der Vorsitzende Püschmann unterbrach den Redner, da bereits Schluß der Debatte beschlossen sei, und er nicht zur Sache spräche. — Es gab hierauf eine längere Geschäftsordnungsdebatte.

A.-Abg. Siebel wies gegenüber den Bedenken des Vorredners darauf hin, daß nur eine Bergesellschaftung der Großbetriebe ins Auge gefaßt sei. Niemand denke daran, den kleinen Geschäftsmann oder kleinen Handwerker zu unterdrücken.

Von anderer Seite wird betont, daß Schluß der Debatte zu früh gestellt worden sei, da die umfangreiche Resolution die meisten noch nicht gedruckt in Händen gehabt hätten.

In der Aussprache über die Resolution führte der Vertreter der 14. E. D. aus, es komme nicht darauf an, daß die Resolution von einer Mehrheit, sondern mit Einheit angenommen würde. Deswegen solle alles trennende beseitigt werden. Unsere Zustände seien so, daß wir zu solchen programmatischen Erklärungen noch nicht reif seien. Die Entente werde nur dann verhandeln, wenn möglichst Einstimmigkeit bei derart weitgehenden Entschlüssen herrschte.

Ein Vertreter des 1. Inf.-Korps erklärte, daß dieses restlos zu der Resolution stehe, und bat diese möglichst einstimmig anzunehmen.

Nach weiteren Ausführungen eines Mitgliedes der Reaktionskommission wurde zur Abstimmung über die Resolution geschritten und diese gegen 4 Stimmen angenommen. Die Resolution lautet:

Wir, die in Bad Ems versammelten Delegierten des Feldheeres, grüßen die neue deutsche Freiheit, grüßen die junge deutsche Republik.

Wir sind gewillt, die Errungenschaften der Revolution gegen alle Gefahren und Angriffe zu verteidigen, von welcher Seite sie immer kommen mögen, gegen gegenrevolutionäre Bestrebungen von rechts, die auf einer Wiederaufrichtung des alten Regimes hinführen, gegen Versuche von links, die Gewalt von oben durch die Gewalt einer Minderheit von unten zu erregen; denn damit würde nur der Friede verhindert, die Einheit des Reiches gefährdet, die Ordnung im Innern aufgelöst und ein Neubau des Vaterlandes unmöglich gemacht. Beide Versuche führen lediglich zum Bürgerkrieg.

Für den Neubau ist politische Demokratie, aber auch, um die Folgen des verheerenden Krieges zu heilen, die schrittweise Sozialisierung der dafür reifen Betriebe notwendig. Nur so können wir vor allem die heiligen Pflichten, die das Volk gegen die Opfer des Krieges, die Witwen und Waisen unserer gefallenen Kameraden, die Kriegsgeschädigten, hat, erfüllen; so nur ist es möglich auch die sozialpolitischen Forderungen des werktätigen Volkes, der Hand- und Kopfarbeiter, zu verwirklichen.

Um so mehr beklagt der Vertretertag des Feldheeres die Streiks in lebenswichtigen Industrien. Wir, die wir in jahrelangen schweren Kämpfen unser Leben eingesetzt haben, appellieren an die Einsicht und die Solidarität der gesamten deutschen Arbeiterklasse, den Wiederaufbau Deutschlands durch Arbeitsverweigerung nicht zu gefährden; denn gerade die minderbemittelten Bevölkerungsteile würden am schwersten unter den Folgen zu leiden haben, unsere Existenzmöglichkeit aufs ernsteste gefährdet werden. Der Vertretertag ist sich bewußt, daß zur Sicherung der demokratischen und sozialen Ziele so schnell wie möglich eine gesetzmäßige Regierungsgewalt begründet werden muß. Er verlangt deshalb die Einberufung der Befähigunggebenden Nationalversammlung. Die Teilnahme an der Wahl muß für alle wahlberechtigten Angehörigen des Heeres gesichert sein.

Der Vertretertag hat das Vertrauen zu der Regierung Ebert-Haase, daß sie in dieser Richtung ihre ganze Kraft einbringen wird. Er stellt sich deshalb im Namen des Feldheeres entschlossen hinter sie.

Mit der Annahme dieses Beschlusses ist der Hauptpunkt der Tagung erledigt. Morgen sollen noch Anträge besprochen werden und die Wahl der 5 Delegierten nach Berlin stattfinden.

Kürzung der Räumungsfrist.

28. Nov. 20. November. Die Reichsregierung teilt mit:

Nach einer Mitteilung der Waffenstillstandskommission verlangt der Verband, daß die letzten deutschen Truppen bereits am 4. Dezember, 8 Uhr vormittags, den Rhein überschritten haben.

Es kann sich bei dieser kurzen und unklaren Mitteilung nur um die Räumung der vorletzten Unterelbischen Etappe bis zu der Linie Remagen-Mahen-Cochem-Simmern-Münster a. S. -Worms handeln, die nach den Waffenstillstandsbedingungen bis zum 5. Dezember mittags durchzuführen sein sollte. Die Frist für Räumung des Reiches des linken Rheinufer läuft nach den Waffenstillstandsbedingungen bis zum 9. Dezember mittags. Die „Volks. Ztg.“ schreibt:

„Diese Verschärfung der Bedingungen scheint den Eindruck zu befähigen, daß die Heinde es darauf abgesehen haben, uns ihre Erfüllung unmöglich zu machen.“

Telephonische Nachrichten.

Berlin, 2. Dezember. Nach dem Corriere della Sera hält man in Frankreich die Wundheilungstheorie des früheren deutschen Kaisers für ungenügend, da in der ersten Nacht der Thronbesteigung die Nachkommen ausgesprochen sei.

Berlin, 2. Dezember. Laut Berliner „Vollstanzeligen“ meldet die Times aus New York: Die amerikanische Regierung hat 32 deutsche Handelschiffe gemietet, die Lebensmittel nach Deutschland bringen sollten. Die Befriedung wird aber, wie Lansing sagte, erst dann erfolgen, wenn die Wahlen für die Nationalversammlung stattgefunden haben.

England.

28. London, 29. Nov. Reuter. Der Außenminister Long sagte in seiner Rede in Bristol:

„Als Mitglied des Ausschusses, den der Premierminister gebildet hat, um über die deutschen auswärtigen Bedingungen zu beraten, kann ich erklären, daß niemand eine ungehörliche Mißdeutung von Seiten Großbritanniens oder der Alliierten zu befürchten braucht.“

29. London, 29. Nov. Reuter. In seiner Rede am Nachmittag in New Castle erklärte Lloyd George:

„Der Friede, über den bei der kommenden Konferenz entschieden werden muß, muß ein gerechter, ein wannachgiebig gerechter Friede sein.“

Ueber die Frage der Entschädigung erklärte Lloyd George: „Es ist Grund genug, daß der Verlierende bezahlt, und nach diesem Grundsatz sollten wir gegenüber Deutschland vorgehen, das Kriegskosten bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit zahlen muß. Deutschland darf die Entschädigung nicht auf die Weise zahlen, daß es England mit billigen Waren überflutet.“

Das linke Rheinufer.

Bern, 29. Nov. B. B. Der „Matin“ berichtet, daß der permanente Ausschuss der Friedensbedingungen hinsichtlich der künftigen französischen Offiziere, des Saarbeckens und des Regimes für das linke Rheinufer in seiner letzten Sitzung einsehend die Fragen erörtert habe. Das Blatt gibt jedoch keine Einzelheiten wieder.

Schweiz.

München, 29. Nov. B. B. Der „Bayrische Kurier“ meldet von zuverlässiger Seite: Die Schweizer Regierung hat den von der jetzigen bayerischen Regierung ernannten Professor Förster nicht anerkannt und stellt sich damit auf den Standpunkt, daß sie auch ihrerseits die jetzige bayerische Regierung nicht anerkennt. Die Schweizer Regierung will in diplomatischen Verkehr mit dem früheren bayerischen Gesandten von Böhmen aufrecht erhalten, der auch seinerseits die jetzige bayerische Regierung nicht anerkennt.

Der Wirtschaftskrieg.

Bern, 29. Nov. (B. B.) Der amerikanische Pressedienst in der Schweiz meldet aus New York: Die hiesigen führenden Fabrikanten versichern, daß die großen Warenhäuser und die Textil-Spielwarengeschäfte des ganzen Landes Aufträge gegeben haben, welche diejenigen des letzten Jahres um 50 bis 75 Prozent übersteigen. Ein Engros-Händler erklärte, daß die Vereinigten Staaten für ihre Spielwarenexporte nicht nur gänzlich unabhängig von Deutschland seien, sondern auch Spielzeug von weit besserer Qualität als Deutschland produzierten. Viele Tausende von Spielzeugen würden nach England, Italien und Frankreich geschickt werden. Außerdem sind auch aus Rußland und Südamerika Bestellungen für große Mengen von Spielwaren angenommen.

Die Tschecho-Slowaken.

Prag, 28. Nov. (B. A.) „Kardni Listy“ meldet aus Brüx, daß gestern tschechisches Militär in Stärke von 1000 Mann Brüx unter erbitterten Kämpfen besetzte. Der Bahnhof sei von tschechischem Militär besetzt. Die Ausflugs-Zuglinie Brüx stellte jeglichen Verkehr ein. Die Bergleute hätten die Strecke Komotau-Brüx unterbrochen, um den Transport von tschechischem Militär aus Komotau und Gager zu verhindern. Auf tschechischer Seite habe man sieben Tote und vierzehn Verwundete, auf tschechischer Seite jedoch Verwundete gezählt.

Die diesjährige Weltermiete.

Nach den genauen Schätzungen, die das englische Ackerbauamt von dem internationalen Ackerbauinstitut empfangen hat, beträgt die diesjährige Weltermiete in England und Wales, Kanada, Indien, den Vereinigten Staaten, Spanien, Japan, Ägypten und Tunis rund 965 Millionen Zentner, das sind 17,1 Prozent mehr als im Jahre 1917 und 7,6 Prozent über den durchschnittlichen Ertrag der fünf Jahre von 1912 bis 1916. Die Ernte an Getreide wird um 24 Prozent größer eingeschätzt als der Ertrag von 1917 betrug, und um 7,2 Prozent mehr als der Durchschnitt der Jahre 1912 bis 1916. Der Ertrag an Hafer

beträgt 3,4 Prozent weniger als im vergangenen Jahr, ist aber um 12,8 Prozent größer als der Durchschnitt in den fünf er-
wähnten Jahren. Die Maisproduktion in den Vereinigten
Staaten und Kanada ist um 15,4 Prozent geringer als 1914.
Auch die Erträge an Kartoffeln haben nachgelassen, man schätzt
die Kartoffelernte in Frankreich, England und Wales, Kanada
und den Vereinigten Staaten um 12,6 Prozent geringer als
1917.

Die Lage der Ostfront.

Wien, 29. Nov. Die Delegation der Ostfront
steht sich veranlaßt, bezugnehmend auf die Erklärungen des
Bollzugsrates Moskau über die Lage der Ostfront
folgendes mitzuteilen:

Die Lage der Ost- und Mackensenarmee ist keine
verzweifelte, sofern die Ordnung in der Heimat auf-
recht erhalten bleibt. Im Osten erfolgt der Abtransport mit
allen Kräften. Die Bahnen sind im vollen Betrieb. Wesent-
liche Menschenverluste dürfen nicht zu erwarten sein. Bei
den Kämpfen mit der einheimischen Bevölkerung finden nur
in geringem Maße statt und bieten bei der mangel-
haften Bewaffnung der Banden und der Organisation un-
serer Truppen keine brennendste Gefahr. Schwieriger ist
nur die Lage der Kleinen Armee in der
Ukraine, deren Abtransport auf dem langen Schienen-
wege längere Zeit in Anspruch nehmen dürfte. Lebens-
mittel sind dort in genügender Menge vorhanden. Die in
Berlin weilenden Vertreter der Kleinen Armee versichern, daß
bereits alle Hoffnungen bestehen, daß der Abtransport in
bühler Harmonie mit der Bevölkerung vor sich gehen wird.
Die Mackensen-Armee muß wegen der völlig unge-
ordneten Auslegung der Waffenstillstandsbedingungen durch
die Entente in Ungarn interniert werden. Solange
Ordnung und Disziplin in der Armee herrschen, wird sie
angesehen bis zum nahen Abschluß des Präliminar-
friedens in Ungarn weilen können. Dann wird
auch sie bis zum letzten Mann in die Heimat transportiert
werden. Wenn also auch die Lage der Armee nicht völlig
angenehm ist, so besteht doch die sichere Hoffnung, daß bis
auf einzelne unermessliche Verluste auch der letzte Mann
von Osten und Südosten wieder in die Heimat zurückkehren
wird. Voraussetzung dazu ist allerdings, daß die Organi-
sation, die das Kriegsministerium zum Abtransport der Ost-
armee vorbereitet, nicht durch Unruhen und Auflösung der
Ordnung in der Heimat gestört wird. Aufrechterhaltung der
Ordnung ist die erste und letzte Bedingung für die glückliche
Heimkehr von fast einer Million Mann aus dem Osten
und Südosten. Auflösung der Ordnung in der Heimat be-
deutet Erhebung der Ketten, Finnen, Polen, Russen, Ukrä-
ner und Rumänen gegen die im Osten stehenden deutschen
Truppen. Kalter Ruhe und Ordnung! Bewahrt die Einheit
des Deutschen Reiches. Alle eure Brüder werden zurück-
kehren!

Die Delegation der Ostfront: Schme, Bergmann.

Eine Rede Tasto.

Bern, 29. Nov. (B. Z.) Der amerikanische Pressedienst
in der Schweiz meldet aus Pittsburg: In einer Ansprache
an die Pittsburg-Handelskammer sagte William Tasto:
Der Wilson sollte unbedingt bei der Friedenskonferenz
in Versailles anwesend sein. Er sollte dort sein, um der
Bildung der Völkerliga zu helfen. Nehmen Sie die 14 Punkte
und lesen Sie dieselben durch. Gernach lesen Sie die 14
Punkte, die durch verschiedene andere Nationen einge-
bracht wurden, dann wählen Sie entschieden die richtigen
Punkte heraus, um die Aufmerksamkeit einer Völkerliga
darauf zu lenken, welche die Gerechtigkeit der nationalen Punkte
zu bestimmen haben würde. Eine solche Liga, sagte Tasto, ist
eine absolute Notwendigkeit, ehe die Bedingungen des Ver-
trages festgelegt werden können. Weiter erklärte Tasto: Deutsch-
land sollte sein Platz in der Liga gegeben werden, wo
es ihm möglich wäre, seinen Namen anzubringen. Bevor be-
trachtet ist, daß Deutschland die internationalen Gesetze nicht
beachtet wird. Die Völkerliga würde die Wahrscheinlich-
keit für Kriege herabsetzen, sie kann jedoch nicht
als absolutes Heilmittel gegen den Krieg an-
gesehen werden.

Die Polen.

Von vertrauenswürdiger Seite wird den „Politischpa-
rischen Nachrichten“ mitgeteilt, daß die polnische Landes-
parlamentarische einen einzigen Vertrauensmann 230 Millio-
nen Mark zum Ankauf von Grundstücken in der
Wähe von Danzig zur Verfügung gestellt habe.

Aus Bad Ems und Umgegend.

Die ersten Fronttruppen marschierten am Sam-
stag vormittags gegen 10 Uhr mit klingendem Spiel hier-
ein, von den Einwohnern herzlich begrüßt. Die Truppen des
Inf.-Reg. Nr. 157 und der Stadt der 236. Division, marschieren
heute wieder weiter.

Der „Amst. Kreisblatt“ fällt heute aus.

Holzabfuhr.

Holzabfuhr, die das im Stadtwald gefasste Holz bis
jetzt nicht abgefahren haben, müssen dies am Mittwoch,
den 3. Dez., vormittags im Rathaus dem Förster mel-
den. Wer diese Meldung unterläßt, von dem wird ange-
nommen, daß er sein Holz abgefahren hat.

Bad Ems, den 30. November 1918.

Der Magistrat.

Viehählung am 4. Dezember.

Am 4. Dezember 1918 findet eine Viehhählung statt.
Sie erstreckt sich auf Pferde, Rindvieh, Schaf, Schweine,
Biegen, Kaninchen und Federhühner. Wir richten an alle
Besitzer von Vieh und Schaf das Ersuchen, bei der Anführung
der Hählung nach Kräften mitzuwirken. Das Amt des
Hählers ist ein Ehrenamt, in dessen Ausübung den Häh-
lern die Eigenschaften eines Beamten beigegeben ist. Gleichzeitig
wird darauf aufmerksam gemacht, daß nach § 4. der Ver-
ordnung vom 10. Januar 1917 fällige Angaben über die
Hählung unter Strafe gestellt sind. Auch Vieh, dessen Vor-
handensein verschwiegen worden ist, ist im Urteil „für den Staat
verfallen“ erklärt werden kann.

Bad Ems, den 29. November 1918.

Der Magistrat.

Danksagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme bei dem Heim-
gange unserer lieben Entschlafenen sagen wir auf diesem Wege
allen herzlichsten Dank.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Heinrich Kasper.

Holzappel, den 30. November 1918.

176

Petroleum-Verleitung

Die in der Kundenliste für Petroleum angelegten
Familien können bei der Firma Wilhelm Pankowach zu
den Monats Dezember 1. Mr. Petroleum und 2. Stearinergien
in Empfang nehmen.

Bad Ems, den 1. Dezember 1918.

Der Magistrat.

Öffentliche Volksversammlung zum Wahl eines Volksausschusses.

Hierzu wird in aller Öffentlichkeit über 20 Jahre alten Einwohnern
Männern und Frauen von Bad Ems für

(Mittwoch, den 4. Dezember, abends 8 Uhr
in Städtischen Saale hierher eingeladen.)

Bei jeder Ercheinung aus allen Berufsständen dringend
erforderlich.

Die Einberufung.

Mein Büro

ist vom 2. Dezember ab wieder vormittags von 8 1/2 bis
12 Uhr und nachmittags von 3 bis 6 Uhr geöffnet.

Justizrat Hertz, Ems.

59)

Rechtsanwalt und Notar.

Geburt

Die glückliche Geburt eines gesunden

Mädchens

zeigen hoch erfreut an

Bergassessor Holtmann u. Frau

Gertrud, geb. Leuchner.

SALINE OBERILM, Thür., 28. Nov. 1918.

Bekanntmachung

Durch eine vorübergehende Störung im Betrieb der
Wasserkraftwerke wird das auf Weiteres mit einer vormittags
zwischen 8 1/2 und 10 Uhr und nachmittags gegen 4 Uhr ein-
tretenden etwa 1 Minute anhaltenden Stromunterbrechung
zu rechnen sein.

Dies, den 29. November 1918.

Der Magistrat.

Lichtspieltheater

Diez a. d. Lahn.

Montag 2. Dez., ab 8 1/2 Uhr pünktlich.

Das Schlagerprogramm

mit

Einar Zangenberg

und

Wanda Treumann.



Schwarzer Wolfshund

mit Halsband auf „Prinz“ hörend, Anfang November
entlaufen.

Wederbringer 50 — Mr. Belohnung.

Vor Ankauf wird gewarnt. Meldungen erbitte

Bathmeister Max Waldow, Dachsenhausen.

Kleine Quantitäten

Zigarren, Zigaretten, Tabake

für Wiederverkäufer und Privats hat preiswert ab-
zugeben Karl Fr. Gietz, Wiesbaden.

Befucht im sofort

Stundenmädchen

für 1/2 Tag.

Emd. Badhausstr. 3, 5. Stg.

Stundenmädchen

für das Licht gesucht.

3. Stg. im Badhausstr. 3, 5. Stg.

Federlein, Majda

nennst Leinö, Ma

schinensett, Schellad,

Politur, Glanzlad,

Kattlad

laufen je 1/2 Quantum

C. Mand,

Prinofabrikten,

Coblenz,

Schloßstr. 36. 107

Todes-Anzeige.

Heute verschied sanft nach langem schweren
Leiden unsere liebe, gute Mutter, Schwieger-
mutter und Großmutter,

Frau Katharine Schuster

im Alter von 74 Jahren

Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen.

Emd., Offenbach, Marxloh u. Bochum,
den 30. November 1918.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den
3. Dezember, nachmittags 3 Uhr von der Fried-
hofskapelle aus statt.



Ich habe Euch ja und ja geliebt
und habe Euch zu mir gezogen aus lauter Güte.

Todes-Anzeige.

Unerwartet kurz vor Abschluß des Waffen-
stillstandes erhielten wir die traurige Nachricht,
daß unser lieber Sohn

Jakob Fachinger

Res.-Inf.-Regt. 254, 1. Batl., Minenwerferzug
im Alter von 23 Jahren, am 6. Oktober nach
38monatlicher, treuer Pflichterfüllung den Hel-
dentod fürs Vaterland gefunden hat.

Sein ältester Bruder Heinrich folgte
ihm nach eintägiger Rückkehr, infolge zuge-
zogener Krankheit im Alter von 30 Jahren,
am 29. November in die Ewigkeit.

Dausenau, den 30. November 1918.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:

Jakob Fachinger u. Familie,
Familie August Linkenbach,

Die Beerdigung findet statt: Montag, den
2. Dezember, 2 1/2 Uhr nachmittags.

178



Es ist bestimmt in Gottes Rat,
dass man vom Liebsten, was man hat, muss scheiden.

Todes-Anzeige.

Freunden und Bekannten die tieftraurige
Nachricht, daß am 29. November 10 Uhr
vorm., nach kurzem schweren Krankenlager,
infolge Lungenentzündung und Grippe, nach
4 jähriger treuer Pflichterfüllung, mein innigst-
geliebter herzensguter Gatte, Sohn, Schwieger-
sohn, Schwager u. Onkel der Eisenbahn-Pionier

Heinrich Fachinger

im Alter von 30 Jahren, nachdem er einen Tag
in die Heimat zurückgekehrt war, sanft dem
Herrn entschlafen ist.

Dausenau, den 29. November 1918.

Die tieftrauernde Gattin:

Johanna Fachinger, geb. Linkenbach.

Die Beerdigung findet Montag, den 2.
Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr statt.

157

Beamtenverein Bad Ems.

Am Osterfesten Ausgabe von Zwiebeln in
kleiner Menge.